



Der Staat wächst – nur nicht investiv



Der Bericht aus Berlin
von **Volker Heck**

Mit deutlicher Mehrheit hat der Bundesrat Anfang Juli den Bund aufgefordert, sich stärker als bislang um die Rückstellungen der **Braunkohlenunternehmen** zu kümmern. Hier geht es um die sogenannten Ewigkeitslasten, die der Bund im **Kernenergiebereich** (mit übrigens deutlich längeren „Ewigkeiten“) bereits staatlich umfassend geregelt hat. Der Staat entfaltet einen wieder deutlich steigenden Regelungsdrang, spiegelbildlich auch abzulesen im wachsenden Staatsanteil im Wirtschaftsleben. Im Bundeshaushalt steigen seit Jahren die Etats, die für Umverteilung stehen, während die investiven Budgets schwächeln. Der **Sozialstaat** wächst vor allem aus Angst vor der demografischen Entwicklung und den vermuteten Präferenzen einer älter werdenden Bevölkerung. **Breitband- und Netzausbau** im Energiebereich oder die steuerliche Begünstigung von **Forschung und Entwicklung** haben es im Bundeshaushalt schwerer als neue **Rentenzahlungen**. Ginge es hier um die Wirtschaftspolitik eines südeuropäischen Landes, wäre der ordnungspolitische Warnhinweis aus Berlin nur eine Frage der Zeit. Berlin misst sich und seine EU-Partnerländer mit verschiedenen Maßstäben. ◀

Volker Heck ist Managing Partner bei Deekeling Arndt Advisors. Davor war er Kommunikationschef von RWE.